

Die Grenzen der Sicherheitsgarantien

Veröffentlicht am 15.06.2023



Von **Christoph B. Schiltz**
Korrespondent in Brüssel



Quelle: Getty Images; Montage: Infografik WELT

Ein Nato-Beitritt der Ukraine wird noch dauern. Bis dahin fordert Kiew Sicherheitsgarantien. Der Westen streitet darüber, in welcher Form diese erfolgen sollen. Klar ist: Russland muss von einem erneuten Angriff abgeschreckt werden. Notfalls mit großem Einsatz.

Es sind anstrengende Tage für Jens Stoltenberg. Der Nato-Chef muss derzeit die wichtigsten Entscheidungen des kommenden Gipfeltreffens der Allianz Mitte Juli im litauischen Vilnius vorbereiten. Anfang dieser Woche war Stoltenberg in Washington, zu Beginn der kommenden Woche wird er im Kanzleramt in Berlin sein.

In den Gesprächen mit [Kanzler Olaf Scholz](#) ([/politik/ausland/article245829610/Nato-Mitgliedschaft-fuer-Ukraine-Scholz-aeussert-sich-zurueckhaltend.html](#)) wird es auch um eine zentrale Frage gehen, die die Alliierten hinter den Kulissen seit Wochen intensiv beschäftigt: Soll der Westen der Ukraine sogenannte Sicherheitsgarantien geben, um Russland nach diesem Krieg von einem erneuten Angriff auf das Land abzuschrecken und ihm im Ernstfall militärischen Beistand zu leisten?

Die Ukraine fordert eine solche Garantie seit Monaten. Im Brüsseler Hauptquartier der Nato wird intern intensiv beraten, wie solche Garantien aussehen könnten, auch das militärische Oberkommando der Alliierten Streitkräfte in Europa im belgischen Mons (Shape) ist einbezogen. Am Donnerstag dieser Woche liegt das Thema auch auf dem Tisch beim zweitägigen Treffen der Nato-Verteidigungsminister in Brüssel.

Es gibt viele offene Fragen: Was genau sollen Sicherheitsgarantien beinhalten? Wie lange und ab welchem

Zeitpunkt sollen sie gelten? Wer könnte sich daran beteiligen? Und wie rechtsverbindlich sollen sie sein?

Dabei hat die Ukraine eine traumatische Erfahrung hinter sich: Im Rahmen des „Budapester Memorandum“ ließ sich Kiew – zusammen mit Belarus und Kasachstan – im Dezember 1994 darauf ein, als Gegenleistung für Sicherheitsgarantien der Staaten Russland, USA und Großbritannien, alle Nuklearwaffen von ukrainischem Territorium zu entfernen und dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten.

Die Ukraine besaß zum damaligen Zeitpunkt das weltweit drittgrößte Atomwaffenarsenal, den Freischaltcode für die tödlichen Waffen hatte aber Moskau. Das Memorandum enthielt keine konkreten Verpflichtungen, rechtsverbindlich war es auch nicht. Putin brach die Vereinbarung – und London und Washington ließen den Überfall geschehen. In Kiewer Regierungskreisen werden Sicherheitsgarantien des „Budapester Memorandum (/politik/ausland/article125310240/Haette-die-Ukraine-ihre-Atomwaffen-besser-behalten.html)“ darum verächtlich als „Papiertiger“ („paper guarantees“) bezeichnet.

Ein solcher Angriff auf das eigene Land darf sich aus Sicht der Ukraine niemals wiederholen. Darum fordert Kiew vehement – wie schon im Frühjahr 2008 wenige Monate vor dem Angriff Russlands auf Georgien –, schnellstmöglich der Nato beizutreten. Aber ein Beitritt ist derzeit nicht in Sichtweite, die Alliierten sind sich nicht einig über den richtigen Zeitpunkt – das dürfte auch noch einige Jahre so bleiben.

Die Regierung in Kiew ist darüber enttäuscht. „Wir brauchen Klarheit darüber, dass die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine unausweichlich ist und nicht Teil von Verhandlungsmasse sein wird“, sagt die Vizeregierungschefin der Ukraine, Olga Stefanischyna. „Die Ukraine hört so oft wie kein anderes Land in der Welt das Wort ‚Nein‘ von der Nato“, fügt sie hinzu.

Eine Mitgliedschaft in der Nato ist die stärkste Form von Sicherheit für ein Land und Abschreckung von einem Feind, die der Westen liefern kann. Es existieren in diesem Fall detailliert ausgearbeitete Verteidigungspläne für jedes Land, zudem werden teilweise Nato-Truppen und schweres militärisches Gerät unter der Flagge des Bündnisses in den Mitgliedstaaten stationiert. Hinzu kommt: Nach Artikel 5 (/politik/ausland/article242153767/Nato-Buendnisfall-Was-Sie-ueber-Artikel-4-und-5-des-Nato-Vertrags-wissen-sollten.html) des Nordatlantikvertrags wird ein Angriff auf ein Mitglied der Allianz als Angriff auf alle aufgefasst. Ziel ist laut Vertrag „die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten“.

Allerdings erfolgt der Beistand nicht automatisch. Zunächst kommen alle Nato-Mitglieder zusammen und entscheiden einstimmig, ob es sich tatsächlich um einen sogenannten Bündnisfall nach Artikel 5 handelt, der Beistand erfordert. Dass es dabei immer sofort Einigkeit gibt, ist nicht sicher. So fürchten beispielsweise die baltischen Staaten schon lange, dass die Nato-Partner den Begriff „Beistandspflicht“ weiter auslegen könnten, als sie es selbst für erforderlich halten.

Sie haben etwa Zweifel daran, dass ein Übergriff Moskaus auf begrenzte grenznahe Gebiete im Baltikum tatsächlich zu einem Bündnisfall führen wird. Die Beistandspflicht nach Artikel 5 ist also kein Selbstläufer. Außerdem kann jedes Nato-Mitglied selbst entscheiden, wie weit es bei der Reaktion auf einen Angriff gehen

und welche Hilfe man leisten will.

Trotzdem strebt die Ukraine nun Sicherheitsgarantien an, die möglichst weit entfernt sind vom Papiertiger „Budapester Memorandum“ und der Beistandspflicht nach Artikel 5 des Nato-Vertrags maximal nah kommen. Dazu hat Ukraine-Präsident Wolodymyr Selenskyj einen „Kiewer Sicherheitspakt“ ([/debatte/kommentare/plus242694483/Ukraine-Ein-Frieden-gelingt-nur-mit-Sicherheitsgarantien-des-Westens.html](#)) vorgeschlagen, auf den sich zuletzt auch Kanzler Scholz bezogen hatte.

Russland von einem Angriff abschrecken

Der Pakt würde ein Netz verbindlicher Schutzzusagen einiger starker westlicher Staaten wie USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien enthalten, das militärische und nicht militärische Elemente enthält, die Russland von einem Angriff abschrecken sollen und Beistand zusichern.

Vorbild sind dabei aus Sicht Kiews die verbindlichen Sicherheitsgarantien, die einige Nato-Mitglieder Schweden und Finnland für den Zeitraum nach ihrer Ankündigung, dem Bündnis beizutreten aber vor dem vollzogenen Beitritt gegeben hatten. „Wir brauchen klare Sicherheitsgarantien und wollen damit den Beispielen Schweden und Finnland folgen“, sagt Stefanischyna.

Das heißt aber auch: Sicherheitsgarantien können nur eine Übergangslösung sein bis zum Beitritt. Aber die genaue Ausgestaltung dieser Garantien ist genauso offen wie die Frage, ab welchem Zeitpunkt sie gelten sollten. Die osteuropäischen Staaten drängen auf Eile, die Südeuropäer – aber auch Deutschland – sehen sie dagegen eher als Teil einer Friedensvereinbarung mit Russland, die allerdings noch Jahre dauern könnte.

In Nato-Kreisen wird zuweilen auch von „Sicherheitszusagen“ anstatt von „Sicherheitsgarantien“ gesprochen. Das ist mehr als eine semantische Finesse, sondern zeigt, wie unterschiedlich die Auffassungen über die Verbindlichkeit des angebotenen Schutzes sind.

Momentan sieht es so aus, dass einzelne Nato-Länder bilaterale Sicherheitszusagen an die Ukraine geben könnten. „Ich weiß, dass es Diskussionen und Konsultationen gibt zwischen der Ukraine und einigen Alliierten über bilaterale Arrangements“, sagte Stoltenberg kürzlich. Aber sollen diese bilateralen Vereinbarungen auch in irgendeiner Weise einen Link zur Nato haben? Wird das Bündnis beim Gipfel in Vilnius Mitte Juli das Thema Sicherheitsgarantien ([/politik/ausland/article245839948/Sicherheitsgarantien-Scholz-Macron-und-Duda-verhandeln-ueber-die-Zukunft-der-Ukraine.html](#)) gar in das Abschlussdokument aufnehmen? Diese Fragen werden derzeit strittig beraten.

Zur Sicherheit gehört nicht nur Beistand, sondern auch Abschreckung. Auch diese Frage spielt hinter den Kulissen eine Rolle. So wäre für eine effektive Abschreckung nötig, dass einzelne Mitgliedstaaten militärisches Gerät und Logistik in der Ukraine bereithalten, im besten Fall sogar Streitkräfte. Und wenn nicht in der Ukraine selbst, dann wenigstens in Nachbarländern wie Polen und Rumänien. Aber wären Länder wie

Deutschland dazu wirklich bereit?

Für die Ukraine ist klar, dass Sicherheitsgarantien nicht darin bestehen können, das Land kurzfristig weiter mit westlichen Waffen zu versorgen. Für die Nato ist klar, dass das Bündnis der Ukraine in Vilnius etwas bieten muss, wenn der dringende Wunsch nach einer schnellen Mitgliedschaft ausgeschlagen wird. Vieles deutet darauf hin, dass es nicht mehr sein wird als ein vages Versprechen für Sicherheitsgarantien, und die Ukraine damit weiter mit leeren Händen dasteht.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/245858886>